

Die Zukunft der Arbeit: Politikwissenschaft ist auch ein Beruf

Thorsten Thiel

Online publiziert: 3. März 2017
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2017

Die Zukunft der Politikwissenschaft ist nicht zuletzt auch die Zukunft derer, die in der Disziplin beschäftigt sind. Als solche erscheint sie düster, mit wenig – aber nicht ohne – Hoffnung auf Besserung. Warum?

(Politik-)Wissenschaft als Beruf gründet auf einem starken intrinsischen Interesse, großer Einsatzbereitschaft und einer umfassenden wissenschaftlichen Ausbildung. Diese Fähigkeiten muss ein_e jede_r mitbringen, die/der nicht schon an der Pforte des professionellen Wissenschaftsbetriebs abgewiesen werden will. Doch auf diesen Fähigkeiten allein lässt sich keine Karriere begründen: Ein nahezu unbegrenzter Einsatz professioneller und privater Ressourcen wird verlangt, Hingabe und Flexibilität weit jenseits des selbst in einer neoliberalen Arbeitswelt Üblichen. Schließlich geht es darum, der „Berufung Wissenschaft“ gerecht zu werden. So stark die intrinsische Motivation aber auch sein mag – und wohl auch sein muss –, Wissenschaft als System braucht Strukturen, die es erlauben, dass jene, die sich im Fach verdient machen, nicht nur für, sondern auch von ihm leben können. Engagement braucht Perspektive.

Die Rahmenbedingungen wissenschaftlicher Erwerbstätigkeit haben sich in den letzten Jahrzehnten für den überwiegenden Teil der Beschäftigten merklich und nachhaltig verschlechtert. Von den an deutschen Universitäten forschenden und lehrenden Wissenschaftler_innen gehören heute etwa 85 % dem sogenannten Mittelbau an. Dieses – im internationalen Vergleich extreme – Missverhältnis zwischen der Anzahl der Professor_innen und dem ‚Fußvolk‘ wird noch dadurch verschärft, dass aus der Gruppe der Mittelbauer_innen der ganz überwiegende Teil befristet be-

Dr. T. Thiel (✉)
Leibniz Forschungsverbund „Krisen einer globalisierten Welt“, Leibniz-Institut Hessische Stiftung
Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Baseler Str. 27–31, 60329 Frankfurt, Deutschland
E-Mail: thiel@hsfk.de

schäftigt ist.¹ Da die Zahl der Professuren kaum steigt, die Zahl der Nachrückenden aber stetig zunimmt und immer neue Programme geschaffen werden, um Personen kurz- und mittelfristig im Betrieb zu halten, steigt der Druck kontinuierlich und mit absehbaren Folgen: Die Selbstausschöpfung und Unzufriedenheit aufseiten des stets infantilisierten ‚Nachwuchses‘ ist schon fast sprichwörtlich, das Ausnutzen von Abhängigkeitsverhältnissen – man denke etwa an die Situation von Privatdozent_innen – umfangreich dokumentiert.

Ironischerweise hat eine Dekade tief greifender Hochschulreformen – von Bachelor/Master bis Exzellenzinitiative – an dieser Dynamik nichts verbessert, sondern sogar zur Verschärfung beigetragen: Auf den ersten Blick bewirken Exzellenz und hohe Drittmittelquoten, dass Politikwissenschaftler heute systematischer ausgebildet sind als je zuvor, dass die Möglichkeiten, an deutschen Universitäten international beachtete Forschung zu lancieren, enorm ist, und dass die Zahl der Studierenden immer größer wird. Das Fach ist nachgefragt wie lange nicht (ob es das öffentliche und studentische Interesse immer adäquat befriedigt, ist eine andere Debatte). Akademisierung und Internationalisierung verstärken aber zugleich den Wettbewerbsdruck, ohne im bzw. aus dem Wettbewerb selbst noch Sicherheiten generieren zu können. Der Flaschenhals wird länger und dünner, der unbefristete Vertrag zur Fata Morgana, und erreicht diesen doch mal eine oder einer, so kommt das Hamsterrad keineswegs zum Stehen. Nach dem Antrag ist vor dem Antrag, immer und überall. Aus immer ‚besserem‘ ‚Nachwuchs‘, immer größeren Forschungsprojekten und hohem Bedarf in der Lehre folgt daher mitnichten, dass Politikwissenschaft als Beruf eine Karriereentscheidung wäre, die gerne fällt, wer so umfassend für sie ausgebildet ist. Sich für die Wissenschaft zu entscheiden, heißt einen Sprung ins Dunkle zu tun.

An Diagnosen dieser Situation – weit elaborierteren als diese Zeilen –, herrscht kein Mangel (etwa van Dyk und Reitz 2017; Münch 2016). Aber Abhilfe scheint fern. In der Hochschulpolitik regiert das Diktat von Strategien und Projekten, es wird vornehmlich von der angestrebten Forschungsexzellenz her gedacht und Maßgaben aufgestellt, die wenig mit der Logik sozialwissenschaftlicher Forschung zu tun haben.² Förderale Querelen und die fehlende Repräsentanz der Betroffenen tun ihr Übriges, so dass selbst ein umfassend skandalisierter Zustand keine großen politischen Impulse auslöst, sondern lediglich kleinteiliger Herumschrauben – von der Überarbeitung des Wissenschaftsarbeitszeitgesetzes bis zum halbherzigen Programm zur Schaffung neuer Juniorprofessuren – generiert.

Da Hilfe von ‚oben‘ fern scheint, muss alle Hoffnung sich darauf richten, dass sich ‚unten‘, bei den Beschäftigten und an den Universitäten, etwas ändert. Noch aber dominieren hier zwei Strategien: ignorieren und optimieren versus lamentieren und ironisieren. Die erstere ist die individuell erfolversprechendere, und das obwohl gilt, dass wer mit ihr zur Professur gelangt und wer an ihr zerbricht, vorab nicht zu sagen ist. Hinter jedem erfolgreich etablierten Wissenschaftler steht eine Vielzahl Vergessener, nicht aber notgedrungen weniger Talentierter oder Engagier-

¹ Eine umfassende Übersicht, der auch diese Zahlen entnommen sind, gibt: Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013. Bielefeld: Bertelsmann.

² Ein Umstand, den selbst der Imboden-Bericht zur Evaluation der Exzellenzinitiative explizit benennt, der in der politischen Diskussion aber nur selten aufgegriffen wurde.

ter. Der Weg der Optimierung steht zudem nur jenen offen, die wirklich alles der Wissenschaftskarriere unterordnen können. Wer spät in eine Wissenschaftskarriere gestartet ist, zu früh eine Familie gegründet hat, nicht hinreichend örtliche Flexibilität, Selbstsicherheit oder andere Ressourcen besitzt, der ist mit dieser Strategie fast sicher chancenlos (Müller und Speck 2016). Diejenigen, die hingegen lamentieren und ironisieren, kennen und benennen zwar oft genau die Fallstricke und Absurditäten von System und Situation, sind aber letztlich bereit, ihre geringe Handlungsmacht zu akzeptieren. Entbehrungen werden als Nebenwirkung von Selbstverwirklichung geschluckt.

Die aus beiden Strategien resultierende Passivität beginnt sich immerhin derzeit aufzulösen. So gründen sich vielerorts Initiativen, die nicht mehr nur problematisieren, sondern auch Lösungen formulieren und durch Vernetzung Handlungsfähigkeit herstellen.³ Initiativen, die zudem nicht einfach nur mehr Geld fordern, sondern auf strukturelle Defizite eingehen.⁴ Wie viel Erfolg diesen Initiativen beschieden sein wird, hängt dabei davon ab, wie sehr die abhängig Beschäftigten sich trauen, Zeit und Ressourcen in solche Unternehmungen zu stecken. Auch professorale Unterstützung wird entscheidend sein, und gerade sie fehlt in der Politikwissenschaft – anders als etwa in der Soziologie – bisher weitgehend. Zu oft wird scheinbar noch die eigene Professur als Beweis für das Funktionieren des Leistungsprinzips gedeutet.

Gelingt es aber nicht schon bald, die Beschäftigungssituation in der Politikwissenschaft maßgeblich zu verbessern, so geht dies auch zulasten der Inhalte. Der schmale Grat zur Professur bewirkt schon heute, dass der brave Mainstream immer dominanter wird, dass Lehre als ungeliebtes Anhängsel, als Karrierebremse gilt. Dies ändern kann nur, wer Politikwissenschaft auch als Beruf begreift und nicht nur zur Berufung verklärt.

Literatur

- van Dyk, Silke, und Tilman Reitz. 2017. Projektförmige Polis und akademische Prekarität im universitären Feudalsystem. *Soziologie* 46(1):62–73.
- Müller, Annekatriin, und Sarah Speck. 2016. And the winner is... The male academy oder: Die ungleichen Auswirkungen universitärer Prekarität. *sub/urban* 4(2–3):203–212.
- Münch, Richard. 2016. Kapital und Arbeit im akademischen Shareholder-Kapitalismus. *Soziologie* 45(4):412–440.
- Schenk, Angelika, Vogelmann, Frieder und Arndt Wonka. o. J. Jenseits der Infantilisierung. Plädoyer für einen echten Personalstrukturwandel an deutschen Universitäten. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Ullrich, Peter. 2016. Prekäre Wissensarbeit im akademischen Kapitalismus. *Soziologie* 45(4):388–411.

³ Einen guten Überblick gibt Ullrich (2016).

⁴ Etwa indem sie die Etablierung einer Departmentstruktur anstatt des pyramidalen Lehrstuhlprinzips einfordern. Vorgedacht wurde dies in einem Bericht der Jungen Akademie („Personalstrategie als Schlüssel zu leistungsfähigeren Universitäten“, 2013), für die Politikwissenschaft ausbuchstabiert von einer Bremer Initiative: Schenk et al. o.J.